

**Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Kommunale Wirtschaftsförderung
in Nordrhein-Westfalen (AGKW NRW)**

Am 08. Juli 2010, 09:30 Uhr in Duisburg

Vortrag „Kommunale Wirtschaftsförderung in schwieriger Zeit“

Referent: Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke, Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrte Damen und Herren kommunale Wirtschaftsförderer,
sehr geehrter Herr Meurer von der Duisburger Wirtschaftsförderungsgesellschaft,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten der heutigen Jahrestagung,

auch in diesem Jahr steht unsere Jahrestagung im Zeichen der weltweiten
Wirtschafts- und Finanzkrise und die Herausforderungen für die kommunale
Wirtschaftsförderung sind auch 2010 nicht geringer geworden.

Zuerst ist hier die **angespannte Haushaltssituation der Städte, Kreise und
Gemeinden** zu nennen.

Um der drängenden Probleme des kommunalen Finanzsystems Herr zu werden,
wurde am 4. März im Bund die Gemeindefinanzkommission eingesetzt, deren
Aufgabe darin bestehen wird, Vorschläge zu unterbreiten, wie eine Neuordnung der
Gemeindefinanzierung aussehen kann.

Die aktuelle Entwicklung der Kommunalfinanzen hat gezeigt, dass das kommunale
Finanzsystem Schwächen aufweist: Zwar konnten mit den Mitteln aus dem
Konjunkturpaket II vorübergehend finanzielle Engpässe überbrückt werden, dennoch
ist das System an sich weiterhin fragil. Viele deutsche Kommunen haben
Finanzprobleme, die ihre Handlungsspielräume einengen.

Analog zur Bundesebene hat die Landesregierung am 16. März eine Gemeindefinanzkommission auf Landesebene eingesetzt. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind die Innen-, Finanz- und Sozialminister sowie Vertreter der kommunalen Spitzenverbände aus Nordrhein-Westfalen. Mit der Gemeindefinanzkommission will die Landesregierung die Arbeit der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene landesintern begleiten und koordinieren. So jedenfalls der Ansatz der gegenwärtig amtierenden Landesregierung. Ich hoffe, dass die neue Landesregierung den hiermit eingeschlagenen Weg fortsetzen wird.

Die Gemeindefinanzkommission in Nordrhein-Westfalen soll sich mit drei Arbeitsschwerpunkten befassen, zu denen jeweils Arbeitsgruppen gebildet wurden:

- Unter dem Schwerpunkt Kommunalsteuern soll über eine Verstetigung der kommunalen Einnahmen beraten werden.
- Die zweite Arbeitsgruppe befasst sich mit Standards und Sozialausgaben. Hier soll vorrangig über den Abbau und die Flexibilisierung von Standards sowie über Möglichkeiten zur Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben beraten werden.
- In der dritten Arbeitsgruppe sollen Möglichkeiten einer besseren Beteiligung der Kommunen an der Rechtsetzung auf EU-, Bundes- und Landesebene geklärt werden. Darüber hinaus sollen kommunalpolitische Landesthemen unter dem Gesichtspunkt beraten werden, wie das Land weitere finanzwirtschaftliche Erleichterungen für die Kommunen schaffen kann.

Die NRW-Kommission soll aber nicht nur die Arbeit der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene begleiten, sondern muss zusätzlich Lösungsansätze auf Landesebene entwickeln. Hierfür setzen sich die Kommunalen Spitzenverbände ein.

Ich setze große Hoffnungen in die Arbeit der Kommission und hoffe, dass wir in naher Zukunft eine entsprechende Entlastung erfahren werden.

Allerdings müssen die Kommunen bereit sein, sich mit weiteren intensiven Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen am Kampf gegen die Schuldenspirale zu beteiligen.

Ein weiterer Punkt, der mich zuversichtlicher in die Zukunft schauen lässt, ist die **anhaltende Belebung der Wirtschaft**.

Das reale Bruttoinlandsprodukt hat im ersten Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,2 Prozent zugelegt. Insbesondere die Auftragseingänge lassen erwarten, dass sich der wirtschaftliche Erholungsprozess im zweiten Quartal verstärkt fortsetzen wird. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt waren moderat und die aktuelle Entwicklung zeigt eine merkbare Besserung. So nahmen die Erwerbstätigkeit und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zuletzt saisonbereinigt zu. Die Arbeitslosigkeit ist im ersten Halbjahr im Zuge der anhaltenden Frühjahrsbelebung erneut deutlich gesunken. Auch die Unterbeschäftigung hat saisonbereinigt kräftig abgenommen und liegt nun wieder unter dem Vorjahresniveau.

Ein Grund für die sinkende Arbeitslosigkeit ist auch eine sinkende Nachfrage nach Arbeitsplätzen aufgrund des demografischen Wandels.

Und hier komme ich zu einer der schwierigsten Herausforderung, die die Kommunen und hier insbesondere die Wirtschaftsförderungen in den nächsten Jahren zu bewältigen haben.

Kommunen im demographischen Wandel - das sind Kommunen im Wettbewerb um Einwohnerinnen und Einwohner, gute Arbeitsmöglichkeiten, attraktive Lebensbedingungen und gute Standortqualitäten.

Die Tatsache, dass die Anzahl von Kindern in Deutschland seit 33 Jahren unter dem Wert liegt, der für eine langfristig stabile Bevölkerungsentwicklung notwendig wäre, spüren in erster Linie die Kommunen. Ausreichend Nachwuchs ist nicht in Sicht, und viele Regionen sind von unterschiedlich stark ausgeprägten Wanderungsbewegungen betroffen. Mit einer langfristig stabilen Bevölkerungsentwicklung ist nur in denjenigen Kommunen zu rechnen, die auch ökonomisch attraktiv sind und genügend Nachwuchs an motivierten und gut qualifizierten Arbeitskräften haben.

Daher müssen die Kommunen entsprechende Standortvorteile schaffen. Neben den klassischen harten Standortfaktoren wie kommunale Abgaben, Steuern und Kosten gewinnen hierbei insbesondere die weichen Standortfaktoren an Bedeutung.

Ein Handlungsfeld in dem die kommunale Wirtschaftsförderung hierbei nicht nur unmittelbar Einfluss nehmen kann ist die Servicequalität der Verwaltung.

Zwei von drei Unternehmern empfinden Bürokratie zumeist als Behinderung. So fordern die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft klare Richtlinien, unkomplizierte Genehmigungsverfahren, eine Überprüfung der Vorgaben und Regelungen sowie die Schaffung zentraler Anlaufstellen für die Unternehmen bei den Kommunen. Dazu ist festzustellen, dass Bürokratie häufig nicht durch die Kommunen veranlasst ist, sondern durch den Bundes- oder Landesgesetzgeber und zunehmend auch durch die Europäische Union. Klar ist aber auch, dass wir uns als Kommunen im Rahmen unserer Möglichkeiten verbessern können und müssen.

Ich möchte hier nur zwei Beispiele nennen, mit denen die Servicequalität der Verwaltungen gesteigert werden kann.

Wenn man die Unternehmen in seiner Kommune befragt, welches die Hauptanlässe für einen Verwaltungskontakt sind, dann sind es oft die klassischen Anlässe, wie Genehmigungen und Erlaubnisse, Straßenverkehrsangelegenheiten etc.

Kommunalverwaltungen müssen daher durch eine Überprüfung ihrer Verwaltungsvorgänge und Restrukturierung interner Organisationsformen ihre Verwaltungsabläufe optimieren, Bearbeitungszeiten reduzieren und Verwaltungskosten senken.

Hilfe liefert hierbei die **Gütegemeinschaft „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltungen e. V.“**.

Das Gütezeichen „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ schafft verbindliche Gütekriterien, die die Mittelstandsorientierung einer Kommunalverwaltung bundesweit nachprüfbar und vergleichbar macht.

Grundlage der Zertifizierung sind 13 „Güte- und Prüfbestimmungen“, die mit dem RAL-Deutsches Institut für Gütesicherung und Kennzeichnung e.V. entwickelt wurden.

Kommunen aus ganz Deutschland verpflichten sich, sich alle zwei Jahre nach den einheitlichen Kriterien zertifizieren lassen. Das bundesweit gültige Gütezeichen bietet damit auch eine wichtige Orientierungshilfe für Unternehmen: Eine Kommune mit Gütezeichen ist als Standort besonders attraktiv. Kommunen können das Gütezeichen als deutschlandweit anerkanntes Qualitätsmerkmal aktiv für ihr Standortmarketing einsetzen.

Ein weiteres Instrument, den Service der Verwaltungen zu optimieren ist der neu geschaffene **„Einheitliche Ansprechpartner“**. Der „Einheitliche Ansprechpartner“ kann vielerorts auf bereits bestehende Serviceleistungen der Kommunen aufbauen.

Viele Wirtschaftsförderungen bieten seit Jahren so genannte Lotsendienste für die Unternehmen an. Schlagworte wie „One Stop Agency“ hat so gut wie jede kommunale Wirtschaftsförderung im Repertoire. Der „Einheitliche Ansprechpartner“ bietet jetzt die Möglichkeit, das bestehende Angebot der Serviceleistungen und Lotsendienste zu integrieren und weiter zu optimieren.

Sicherlich ist der Aufbau der zur Wahrnehmung der Aufgabe notwendigen Strukturen und Technik nicht ohne Schwierigkeiten und finanziellen Aufwand zu bewältigen, aber sofern es uns gelingt, den Anforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie gerecht zu werden, werden wir bald für die Unternehmen einen echten Mehrwert bieten können, der deren Kosten für die Kommunalbürokratie erheblich senkt. Dies gilt auch für die nun anstehende Evaluierung der „Einheitlichen Ansprechpartner“. Ich wünsche mir, dass die Vorbereitung der Evaluierung durch das Land und dem Institut für Mittelstandsforschung in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden durchgeführt wird, um einen Mehrwert für die alltägliche Arbeit der „Einheitlichen Ansprechpartner“ zu bringen. Überflüssige Bürokratie im Rahmen der Evaluierung lehnen wir aber ab.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der AGKW NRW war und ist es, die Mittelstandsfreundlichkeit der Ziel-2-Wettbewerbe weiter zu verbessern. Gerade das hohe Maß an Bürokratie macht es für kleine und mittlere Unternehmen oft schwer, sich für eine Teilnahme an den Ziel-2-Wettbewerben zu begeistern. Hier muss dringend an einer weiteren Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens gearbeitet werden. Ebenfalls kritisch zu bewerten ist die in vielen Wettbewerben zu beobachtende zunehmende Hochschullastigkeit der Themen und der Jurybesetzungen. Bei aller Wichtigkeit und Bedeutung der Förderung hochqualitativer wissenschaftsangelegter Projekte darf nicht vergessen werden, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen mit anwendungsbezogenen Technologien oftmals überregionale oder sogar globale Marktführer in ihren Marktsegmenten sind. Wir brauchen im Rahmen der Ziel-2-Wettbewerbe einen Innovationsbegriff, der auch praktische und unmittelbar marktwirksame Weiterentwicklungen mit umfasst. Viele Mittelständler neigen immer häufiger dazu, das **Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand** des Bundes einer Teilnahme an den Ziel-2-Wettbewerben vorzuziehen. Hier würde Nordrhein-Westfalen eine wichtige Chance vertun, wenn nicht stärker auf eine Mittelstandsorientierung der Wettbewerbsstrategie hingewirkt wird. Zudem muss darauf geachtet werden, dass die Durchführung und Abwicklung der Ziel-2-Wettbewerbe nicht durch die Haushaltssituation des Landes beeinträchtigt oder sogar behindert wird. Die Wirtschaftsförderung braucht Verlässlichkeit.

Insgesamt wird es auch in Zukunft ein wichtiges Augenmerk der AGKW NRW sein, die Stellung der kommunalen Wirtschaftsförderung innerhalb und außerhalb der kommunalen Familie herauszustellen. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Probleme bietet die Wirtschaftsförderung die Chance, Attraktivität und Leistungsfähigkeit vor Ort zu verbessern. Gleiches gilt für die Einbettung der kommunalen Wirtschaftsförderung in die Landespolitik. Hier fordere ich die neue Landesregierung auf, die Stellung der kommunalen Wirtschaftsförderung als Standortfaktor weiter auszubauen und bei der Ausrichtung der Wirtschaftspolitik in starkem Maße die Belange der Unternehmen vor Ort im Auge zu behalten.

Aus diesen Gründen steht auch die diesjährige Jahrestagung unter dem Oberthema **„Die Bedeutung kommunaler Wirtschaftsförderung – Ziele, Maßnahmen, Wirkungen“**.

Dabei soll es nicht alleine darum gehen, nur Bekanntes zur Wirtschaftsförderung zu wiederholen, sondern es soll auch die Gelegenheit eröffnet werden, bekannte Instrumente der Wirtschaftsförderung kritisch zu hinterfragen. Hierzu wird es auch ausreichend Möglichkeiten zu Diskussion geben.

Der Hervorhebung der Stärken und die Bedeutung der kommunalen Wirtschaftsförderung dient auch die „Duisburger Erklärung“, die der Arbeitskreis der AGKW erarbeitet hat und die heute der Versammlung zur Verabschiedung vorgestellt werden soll. Sie finden den Text der Erklärung in der Einlagemappe. Zudem existiert noch eine ausführliche Langversion der Erklärung, die im Anschluss an die Versammlung auf den Internetseiten der drei kommunalen Spitzenverbände abgerufen werden kann.

Mein Fazit:

Auch 2010 wird kein leichtes Jahr für die kommunalen Wirtschaftsförderungen, aber es gibt Licht am Ende des Tunnels.

Die wirtschaftliche Lage sieht schon wesentlich entspannter aus, als auf unserer letzten Jahrestagung.

Es wird daran gearbeitet, die kommunale Finanzsituation zu verbessern und es gibt genügend Handlungsfelder mit denen die Wirtschaftsförderungen den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft begegnen können.

Ich wünsche uns allen, dass wir diesen Anforderungen gewachsen sind und möchte an Frau Cathrin Brackmann, die Moderatorin der heutigen Veranstaltung, übergeben.